

Datum: 25. Juni 2014

Medium: www.kleinezeitung.at

Thema: Pflege: NÖ und Steiermark für Absicherung der Finanzierung

## Pflege: NÖ und Steiermark für Absicherung der Finanzierung

Die niederösterreichische Landesrätin Barbara Schwarz und ihr steirischer Amtskollege Christopher Drexler forderten Sozialminister Rudolf Hundstorfer am Mittwoch zu "raschen Reformgesprächen" auf.



Foto © KLZ/Scheriau

NÖ und Steiermark ziehen an einem Strang, wenn es um die Absicherung der Pflegefinanzierung für die kommenden Jahre geht. Das teilten die niederösterreichische Landesrätin Barbara Schwarz (ÖVP) und ihr steirischer Amtskollege Christopher Drexler (ÖVP) am Mittwoch in einer Pressekonferenz in Wien mit. Sie forderten Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) zu "raschen Reformgesprächen" auf.

## **Langfristige Absicherung**

Konkret gehe es darum, die Pflegefinanzierung mit den Ländern über die Zusage der Bundesregierung zur Verlängerung des Pflegefonds hinaus langfristig abzusichern. Derzeit gebe es keine Verhandlungen. Daher forderten beide Landesräte die rasche Aufnahme von



Gesprächen. Hundstorfer müsse "endlich tätig werden und, wie versprochen, gemeinsam mit Ländern und Gemeinden nachhaltige Finanzierungssysteme entwickeln". Der seit 2011 bestehende Pflegefonds war laut Schwarz und Drexler ursprünglich nur als "temporäres Mittel" gedacht gewesen. Damit sollten jene Kosten für den zusätzlichen Bedarf in der Pflege abgedeckt werden, der sich aufgrund der steigenden Lebenserwartung in den kommenden Jahren ergeben würde.

Bis 2016 würde der Pflegefonds mit Steigerungsraten in der Höhe von 350 Millionen Euro für alle neun Länder gesichert sein. Für die Jahre 2017 und 2018 habe der Minister jeweils weitere 350 Millionen Euro pro Jahr in Aussicht gestellt, noch aber gebe es keine rechtliche Grundlage dafür, so Schwarz und Drexler. Zudem würde aufgrund der "immer älter werdenden Bevölkerung" der Pflegebedarf erheblich ansteigen, so dass die zusätzlichen Kosten mehr als die vorgesehenen 350 Millionen Euro betragen würden.

## Finanzielle Lücke

Bleibt der Pflegefonds auf diesem Stand, würde in den Jahren 2017 und 2018 für die Länder eine finanzielle Lücke von rund 180 Millionen Euro auftreten. Zuspitzen würde sich die Lage ab 2019, da die Situation des Pflegefonds noch gänzlich unklar sei, erklärten die Landesräte. Folglich müsste man mit steigenden Differenzen von knapp 500 bis 600 Millionen Euro in den Jahren 2019 und 2020 rechnen. "Es ist wichtig, nun ein Finanzierungsmodell zu finden, das mit dem Bedarf mitwächst", betonte Schwarz. Eine Präferenz für eine Finanzierungsform wollten beide nicht nennen. "Wir sind durchaus bereit, über alles zu verhandeln."

Zur Pflegesituation in Niederösterreich merkte Schwarz an, dass im Bereich der Pflegegeldbezieher bis zum Jahr 2026 ein Anstieg von 35 Prozent auf fast 115.000 Personen zu erwarten sei. 85 Prozent der Niederösterreicher wünschen sich laut Umfragen zudem, zu Hause alt zu werden. Bis 2018 sollen im Bundesland 1.000 neue Pflegeplätze entstehen, die mobilen Dienste pro Jahr um etwa 500 Haushalte ausgebaut werden.